

11. Oktober 2012

**Vorschlag einer EU-DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG:**

Hier: Bewertung der vorgesehenen RECHTSETZUNGSBEFUGNISSE  
DER KOMMISSION

**1. Delegierte Rechtsakte**

Mit delegierten Rechtsakten (Art. 290 AEUV) darf die Kommission nicht-wesentliche Aspekte eines Gesetzgebungsvorhabens selbst regeln. Sinn und Zweck des delegierten Rechtsaktes ist es eine technische Ergänzung oder Konkretisierung der vom europäischen Gesetzgeber politisch getroffenen Grundentscheidungen vorzunehmen. Im deutschen Recht entspricht dem in etwa die Rechtsetzung durch Verordnungsermächtigung per Gesetz und Rechtsverordnungen.

<b>Delegierter Rechtsakt</b>	<b>Bewertung</b>
Art. 6 Abs. 5 Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten vorbehaltlich spezieller Regelungen	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Zulässigkeitstatbeständen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden. Da sich die vielfältigen Lebenssachverhalte regelmäßig nicht regulatorisch erfassen lassen, sollte die konkrete Bewertung im Einzelfall weiterhin maßgeblich sein.
Art. 8 Abs. 3 Einwilligung der Erziehungsberechtigten in die Verarbeitung der Daten des Kindes	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Zulässigkeitstatbeständen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden. Da sich die vielfältigen Lebenssachverhalte regelmäßig nicht regulatorisch erfassen lassen, sollte die konkrete Bewertung im Einzelfall weiterhin maßgeblich sein.
Art. 9 Abs. 3 Zulässigkeit der Verarbeitung sog. sensibler Daten	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Zulässigkeitstatbeständen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden. Da sich die vielfältigen Lebenssachverhalte regelmäßig nicht regulatorisch erfassen lassen, sollte die konkrete Bewertung im Einzelfall weiterhin maßgeblich sein.
Art. 12 Abs. 5 Vergütung der Verarbeiter für Bearbeitung von Anträgen der Betroffenen	Für delegierten Rechtsakt geeignet. Gleichwohl fraglich, ob es dieser Ermächtigung überhaupt bedarf.
Art. 14 Abs. 7 Informationspflichten der Verarbeiter	Ablehnung. Die Kodifizierung von Informationspflichten sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.

<b>Delegierter Rechtsakt</b>	<b>Bewertung</b>
Art. 15 Abs. 3 Gegenstand der Auskünfte an die Betroffenen	Ablehnung. Die Kodifizierung von Informationspflichten sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden
Art. 17 Abs. 9 Recht auf Vergessenwerden und auf Löschung	Ablehnung. Der Konkretisierungsbedarf ist fraglich. Die Kodifizierung der Löschungspflichten sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden
Art. 20 Abs. 5 Zulässigkeit der Erstellung von Nutzerprofilen (sog. Profiling)	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Zulässigkeitstatbeständen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.
Art. 22 Abs. 4 Monitoring der Datenverarbeitung; Überprüfungs- und Auditverfahren	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Pflichten der verarbeitenden Stellen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.
Art. 23 Abs. 3 Datenschutz durch Technik und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Pflichten der verarbeitenden Stellen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.
Art. 26 Abs. 5 Anforderungen an die Auftragsverarbeiter; Datenverarbeitung in Unternehmensgruppen	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung der Zulässigkeit der Auftragsdatenverarbeitung und von Pflichten des Auftragverarbeiters sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.
Art. 28 Abs. 5 Dokumentationspflichten	Ablehnung. Die Kodifizierung von Pflichten der verarbeitenden Stellen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.
Art. 30 Abs. 3 Sicherheitsstandards für die Datenverarbeitung	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Pflichten der verarbeitenden Stellen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.
Art. 31 Abs. 5 Meldepflicht gegenüber der Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Pflichten der verarbeitenden Stellen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.
Art. 32 Abs. 5 Benachrichtigungspflicht gegenüber den Betroffenen bei Datenschutzverstößen	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Pflichten der verarbeitenden Stellen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.
Art. 33 Abs. 6 Erforderlichkeit und Inhalt von Datenschutz-Folgenabschätzungen	Ablehnung. Die Kodifizierung von Pflichten der verarbeitenden Stellen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.

Delegierter Rechtsakt	Bewertung
Art. 34 Abs. 8 Pflicht zur Konsultation der Aufsichtsbehörde vor der Datenverarbeitung	Ablehnung. Die Kodifizierung von Pflichten der verarbeitenden Stellen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.
Art. 35 Abs. 11 Berufliche Qualifikation des Datenschutzbeauftragten; Erforderlichkeit der Benennung unterhalb der Schwelle von 250 Mitarbeitern	Für delegierten Rechtsakt geeignet. Gleichwohl fraglich, ob es dieser Ermächtigung überhaupt bedarf.
Art. 37 Abs. 2 Aufgaben und Befugnisse des Datenschutzbeauftragten	Für delegierten Rechtsakt geeignet. Gleichwohl fraglich, ob es dieser Ermächtigung überhaupt bedarf.
Art. 39 Abs. 2 Zertifizierungsverfahren für die Datenverarbeitung	Für delegierten Rechtsakt geeignet. Gleichwohl fraglich, ob es dieser Ermächtigung überhaupt bedarf.
Art. 43 Abs. 3 Anforderungen an unternehmensinterne Vorschriften für die Datenübermittlung in Drittländer	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Zulässigkeitstatbeständen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden. Da sich die vielfältigen Lebenssachverhalte regelmäßig nicht regulatorisch erfassen lassen, sollte die konkrete Bewertung im Einzelfall weiterhin maßgeblich sein
Art. 44 Abs. 7 Anforderungen an die Übermittlung von Daten in Drittländer oder an internationale Organisationen vorbehaltlich spezieller Regelungen	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Zulässigkeitstatbeständen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.
Art. 79 Abs. 7 Aktualisierung der Höhe der Geldbußen	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung des Bußgeldrahmens sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.
Art. 81 Abs. 3 Zulässigkeit der Verarbeitung von Gesundheitsdaten	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Zulässigkeitstatbeständen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.
Art. 82 Abs. 3 Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten im Beschäftigungsverhältnis	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Zulässigkeitstatbeständen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.
Art. 83 Abs. 3 Zulässigkeit der Verarbeitung und Veröffentlichung personenbezogener Daten zu wissenschaftlichen oder statistischen Zwecken	Strikte Ablehnung. Die Kodifizierung von Zulässigkeitstatbeständen sollte Rat und Parlament vorbehalten sein und nicht auf die Kommission übertragen werden.

## 2. Durchführungsrechtsakte

Mit Durchführungsrechtsakten (Art. 291 AEUV) darf die Kommission den Vollzug des Unionsrechts vereinheitlichen. Damit soll die einheitliche Anwendung des Unionsrechts trotz dezentralen Vollzugs durch die Mitgliedstaaten erreicht werden. Im nationalen Recht entspricht dem am ehesten die Vereinheitlichung des Verwaltungsvollzugs durch Verwaltungsvorschriften.

Durchführungsrechtsakt	Bewertung
Art. 8 Abs. 4 Standardvorlagen für die Einwilligung der Erziehungsberechtigten in die Verarbeitung der Daten des Kindes	Strikte Ablehnung. Die Entwicklung von Vordrucken und Formularen sollte den Verwendern und nicht der Kommission obliegen. Eine gesetzliche Standardisierung würde zu einer erheblichen Bürokratisierung führen
Art. 12 Abs. 6 Standardvorlagen und -verfahren für Mitteilungen an die Betroffenen	Strikte Ablehnung. Die Entwicklung von Vordrucken und Formularen sollte den Verwendern und nicht der Kommission obliegen. Eine gesetzliche Standardisierung würde zu einer erheblichen Bürokratisierung führen.
Art. 14 Abs. 8 Standardvorlagen für die Bereitstellung von Informationen	Strikte Ablehnung. Die Entwicklung von Vordrucken und Formularen sollte den Verwendern und nicht der Kommission obliegen. Eine gesetzliche Standardisierung würde zu einer erheblichen Bürokratisierung führen.
Art. 15 Abs. 4 Standardvorlagen und -verfahren für Auskunftsanträge und die Erteilung von Auskünften an die Betroffenen	Strikte Ablehnung. Die Entwicklung von Vordrucken und Formularen sollte den Verwendern und nicht der Kommission obliegen. Eine gesetzliche Standardisierung würde zu einer erheblichen Bürokratisierung führen.
Art. 18 Abs. 3 Standards und Verfahren für die Portabilität von Daten	Strikte Ablehnung. Die Regelung ist entbehrlich. Zudem stellt die Möglichkeit der Festlegung des elektronischen Formats nach Absatz 1 durch die Kommission einen nicht erforderlichen Eingriff in die verfassungsrechtlich geschützte Betriebsorganisationsfreiheit dar
Art. 23 Abs. 4 Standards für Datenschutz durch Technik und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	Ablehnung. Die Entwicklung technischer Standards sollte den für die Datenverarbeitung Verantwortlichen überlassen bleiben. Andernfalls droht ein Mehr an Bürokratismus. Zudem könnten Produktinnovationen verhindert werden, wenn die Standards zu eng gefasst wären.
Art. 28 Abs. 6 Standardvorlagen für die Erfüllung der Dokumentationspflichten	Ablehnung. Die Entwicklung von Vordrucken und Formularen sollte den Verwendern obliegen. Eine Standardisierung würde zu einer erheblichen Bürokratisierung führen.

Durchführungsrechtsakt	Bewertung
Art. 30 Abs. 4 Sicherheitsstandards für die Datenverarbeitung	Strikte Ablehnung. Wenn weiterer Konkretisierungsbedarf besteht, dann sollte nach dem Vorbild der Anlage zu § 9 des deutschen BDSG vorgegangen und ein Maßnahmenkatalog zusammen mit der Verordnung verabschiedet werden. Zudem sollte der in § 9 BDSG verortete Verhältnismäßigkeitsgrundsatz auch nach den Vorschriften des VO-E maßgebliche Richtschnur sein.
Art. 31 Abs. 6 Standardvorlagen und Verfahren für Meldungen an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen	Für Durchführungsrechtsakt geeignet.
Art. 32 Abs. 6 Standardvorlagen und Verfahren für Benachrichtigung der Betroffenen bei Datenschutzverstößen	Ablehnung. Soweit Regelungsbedarf besteht, sollte das Meldeformular sogleich mit der Verordnung verabschiedet werden.
Art. 33 Abs. 7 Standards und Verfahren für die Durchführung sowie die interne und externe Überprüfung der Datenschutz-Folgenabschätzungen	Für Durchführungsrechtsakt geeignet.
Art. 34 Abs. 9 Standardvorlagen und Verfahren für die Genehmigung durch und die Konsultation der Aufsichtsbehörde	Für Durchführungsrechtsakt geeignet
Art. 38 Abs. 4 Allgemeinverbindlicherklärung von Verhaltenskodizes	Strikte Ablehnung. Absatz 4 sollte gestrichen werden, da über Absatz 4 Verhaltensregeln quasi verbindlichen Gesetzescharakter erhalten könnten, ohne den üblichen Gesetzgebungsprozess durchlaufen zu müssen. Es ist zu gewährleisten, dass alle Interessengruppen im Rahmen von Konsultationsverfahren gehört werden. Absatz 4 könnte diesen Prozess konterkarieren.
Art. 39 Abs. 3 Standards für Zertifizierungsverfahren und Datenschutz-Gütesiegel	Für Durchführungsrechtsakt geeignet
Art. 41 Abs. 3 Zulässigkeit der Übermittlung von Daten in Drittländer oder an internationale Organisationen (sog. Angemessenheitsbeschluss)	Für Durchführungsrechtsakt geeignet
Art. 41 Abs. 5 Unzulässigkeit der Übermittlung von Daten in Drittländer oder an internationale Organisationen	Für Durchführungsrechtsakt geeignet

Durchführungsrechtsakt	Bewertung
Art. 41 Abs. 5 Unzulässigkeit der Übermittlung von Daten in Drittländer oder an internationale Organisationen in dringlichen Fällen	Für Durchführungsrechtsakt geeignet
Art. 42 Abs. 2 lit. b. Standarddatenschutzklauseln für die Übermittlung von Daten in Drittländer oder an internationale Organisationen	Für Durchführungsrechtsakt geeignet
Art. 43 Abs. 4 Form und Verfahren des EDV-basierten Informationsaustauschs über unternehmensinterne Vorschriften für die Datenübermittlung in Drittländer	Für Durchführungsrechtsakt geeignet
Art. 55 Abs. 10 Form und Verfahren des EDV-basierten Informationsaustauschs im Rahmen der aufsichtsbehördlichen Amtshilfe	Für Durchführungsrechtsakt geeignet
Art. 62 Abs. 1 lit. a Entscheidungsrecht der Kommission gegenüber den Aufsichtsbehörden	Ablehnung. Ansatz fragwürdig. Rolle der Aufsichtsbehörden kann hier durch Kommission deutlich beschränkt werden. Das Verhältnis Aufsichtsbehörden und Kommission muss eindeutig in der Verordnung selber geregelt werden.
Art. 62 Abs. 1 lit. b Annahme von Standarddatenschutzklauseln der Aufsichtsbehörden für die Übermittlung von Daten in Drittländer oder an internationale Organisationen	Für Durchführungsrechtsakt geeignet
Art. 62 Abs. 1 lit. c Form und Verfahren der Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden untereinander sowie mit der Kommission (Kohärenzverfahren)	Für Durchführungsrechtsakt geeignet
Art. 62 Abs. 1 lit. d Ausgestaltung des EDV-basierten Informationsaustauschs innerhalb des Kohärenzverfahrens	Für Durchführungsrechtsakt geeignet
Art. 62 Abs. 2 Entscheidungsrecht der Kommission gegenüber den Aufsichtsbehörden in dringlichen Fällen	Strikte Ablehnung. Mit der Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörden nicht zu vereinbaren und daher zu streichen, vgl. Art. 47!

